



# VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.

Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Förderungswürdige und gemeinnützigen Zwecken dienende

Organisation – Gründung am 01.02.1950

Landesverband Nordrhein – Westfalen

Landesvorsitzender: Felix Heinz Holtschke

## Offener Brief

an die

**Süddeutsche Zeitung**

Der von der SZ am 20. Mai 2021 veröffentlichte Beitrag unter dem Titel  
**Deutsch-deutsche Geschichte: Beauftragter für Stasi-Opfer dringend gesucht !**

(<https://www.sueddeutsche.de/politik/stasi-opfer-ombudsmann-parteienstreit-1.5298673>)

lässt mich und meine Kameraden in der *Vereinigung der Opfer des Stalinismus VOS*, der ältesten SED-Opferorganisation, nicht mehr länger zu diesem Desaster im Umgang mit den Betroffenen stillhalten und schweigen. Wir fragen uns ernsthaft, was aus der Demokratie 30 Jahre nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten geworden ist?

Die Große Koalition kungelt offensichtlich in Hinterzimmern in dieser extrem sensiblen Personalie nach einer für sie bequemen und nützlichen Lösung, ohne jedoch die eigentlich Betroffenen, die Opfer des SED-Regimes in den zahlreichen Verbänden auch nur einmal nach ihren Vorstellungen gefragt zu haben ! Geschweige, man hätte ihnen gerade jetzt auch ein Stimmrecht über ihre zukünftige Vertrauensperson mit eingeräumt.

Mitnichten, der Rat, die Stimme der noch lebenden Kämpfer des 17. Juni 1953, die der Widerständler gegen das Ulbricht- und Honecker-Regime und derjenigen, die allein ihres Wunsches nach Freizügigkeit wegen die Flucht in den Westen oder einen Ausreiseantrag wagten und dafür in den „Besserungsanstalten“ Berlin- Hohenschönhausen, Hoheneck oder Cottbus einsitzen durften, sind schon lange nicht mehr gefragt.

Jüngstes Beispiel hierfür ist der Bericht der sogenannten „Platzeck-Kommission“ mit dem Titel „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ veröffentlicht zum Jahresende 2020. Darin blieben die ca. 2 Millionen DDR-Bürger, die meist ohne öffentlichkeitswirksame Fernsehbilder die DDR seit ihrer Gründung 1949 verlassen und so ihren Willen für Freiheit und zur Einheit Deutschlands vor der Weltöffentlichkeit wachgehalten hatten, völlig unerwähnt. Und ausgerechnet der Leiter dieser Kommission, der ehemalige SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck, der in seinem „Bericht“ wissentlich die deutsch-deutsche Geschichte umgeschrieben hat, wird als Kandidat des Opferbeauftragten gehandelt ? Für die Betroffenen völlig inakzeptabel und ungeeignet, auch schon deswegen, weil er 1990 als Volkskammerabgeordneter von Bündnis 90 bewusst gegen die Wiedervereinigung gestimmt hat und diese Sternstunde der Deutschen als „Anschluss“ verunglimpft hat.

Auch einen weiteren medial gehandelten Kandidaten für die Funktion des Opferbeauftragten können insbesondere die DDR-Altübersiedler, nämlich die vor 1989 über Mauer und Stacheldraht Geflüchteten, die legal Ausgereisten und die unmittelbar aus den Stasi-Haftanstalten von der damaligen Bundesregierung Freigekauften, nicht akzeptieren: Arnold Vaatz, MdB für die CDU.

Die soziale Benachteiligung dieses Personenkreises, verursacht durch die unrechtmäßige Einbeziehung in das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) mit der Folge der Rückabwicklung ihrer zugesicherten Verrentung nach dem Fremdrentengesetz (FRG) für die in der ehemaligen DDR geleistete Arbeit hat Herr Vaatz nachweislich öffentlich vehement bestritten. Wie sollte er dann als Opferbeauftragter die Interessen der ca. 300.000 Betroffenen vertreten, die heute in der Regel sozial schlechter gestellt sind als die Systemträger der ehemaligen DDR ?

Wer diesen Tatbestand bestreitet, dem empfehle ich das Publikationsorgan der *Union der kommunistischen Opferverbände (UOKG)* „**der Stacheldraht**“ **Ausg. 2/ 2021**. Unter dem Beitrag *„DDR-Altübersiedler und die Rentenüberleitung - ein Dauerärgernis“* zeigt der Autor, der Vorsitzende der *Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF)* Dr. Jürgen Holdefleiß anhand von realistischen Fallbeispielen, das die ungerechtfertigte, durch keinerlei parlamentarische Entscheidung legitimierte Widereingliederung von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in das untergegangene DDR-Rentensystem zu einer grandiosen Rentenungerechtigkeit ausgerechnet für diejenigen geführt hat, die den Weg zu Wiedervereinigung spätestens seit dem 17. Juni 1953 geebnet haben.

Wie demütigend, ja respektlos im übrigen mit den Vorkämpfern der Deutschen Einheit seitens der Politik insbesondere in der Merkel-Ära umgegangen worden ist, kann Jedermann auf der Internetseite der IEDF unter [www.iedf.de](http://www.iedf.de) nachlesen:

Zahllose Briefe an die Bundeskanzlerin und führende Politiker der Bundesregierung sowie der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, die größtenteils unbeantwortet blieben und ihr trostloses Dasein als Monolog fristen müssen.

Eine Dokumentation über eine Gemeinschaftsbeschwerde der Opfer- und Flüchtlingsverbände UOKG, IEDF und VOS an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mit dem Titel *Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen der DDR (Petition 3-19-11-8222-006233)*. Mit geradezu atemberaubendem Tempo sucht die *Bundestagsverwaltung* seit dem März 2018 bis heute nach Antworten und versucht sie ausgerechnet beim *Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)* zu finden, dass nachweislich dieses Rentendesaster verursacht hat anstatt bei neutralen Rentenrechtsexperten!

Auch das *Bundesverfassungsgericht* brauchte vom 6. März 2013 bis zum 18. Januar 2017, um einem Kameraden auf seine *Verfassungsbeschwerde gegen die Änderung der gesetzlichen Bewertung von in der DDR zurückgelegten rentenrechtlichen Zeiten (1BvR 713/13)* einen Nichtannahme-Bescheid zukommen zu lassen. Demütigender kann man mit Menschen nicht umgehen, die für ihr Recht kämpfen, zumal die Systemträger des SED-Regimes beim gleichen höchsten Gericht ihre ursprünglich nach der Wiedervereinigung gekürzten Rentenansprüche auf dem Klagewege voll durchsetzen konnten.

Die Folgen dieser Ungleichbehandlung sind bekannt und die Ideale der friedlichen Revolution von 1989 wohl unweigerlich verraten.

Wer könnte es also sein, der den Opfern der zweiten deutschen Diktatur endlich wieder zuhört, sie versteht, ihre berechtigten Interessen vertritt und durchsetzen kann und ihnen wieder den anerkennenden Platz in unserer Gesellschaft zurückerkämpft, der ihnen zusteht ?

Meiner Meinung nach wäre der anerkannte Historiker und Buchautor Dr. Hubertus Knabe ein geeigneter Kandidat für das Amt des Opferbeauftragten.

Als Leiter der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt und heutigen Gedenkstätte der SED-Diktatur Berlin-Hohenschönhausen, die wie ich sehr viele Haftkameraden von innen „kennen“ und daher in steter „Erinnerung“ behalten werden, ist er ein absoluter Kenner der Materie. Dass er durch eine hinterhältige Intrige ausgerechnet von einem Vertreter derjenigen Nachfolgepartei aus dem Amt getrieben worden ist, die bis 1989 Betreiber dieses finsternen Verlieses für die Oppositionellen des SED-Regimes war, hat im Nachhinein nur in einem Punkt etwas Gutes: Er ist vielleicht frei von anderweitigen Verpflichtungen und könnte sich mit ganzer Kraft diesem wichtigen Amt widmen und den Vorkämpfern für die Deutsche Einheit wieder ein Gesicht in unserer politisch zerissenen Gesellschaft geben.

Und sicherlich dafür Sorge tragen, dass den Nachfolgern der ehemaligen Mauerschützenpartei schnellstens die Dienstaufsicht über alle Gedenkstätten des SED-Regimes entzogen wird – ein bis heute unhaltbarer und demütigender Zustand für die Vertreter aller Opferverbände !

Wir Betroffenen erwarten von dem zukünftigen Opferbeauftragten das volle Engagement für alle Opfer des SED-Regimes, darin eingeschlossen die Ausgereisten, Flüchtlinge und aus politischer Haft Freigekauften, der einzigen Personengruppe, die noch 32 Jahre nach der Wiedervereinigung durch systemische Nichtbeachtung diskriminiert und sozial benachteiligt wird gegenüber denjenigen, die das demokratische Deutschland 40 Jahre lang mit allen zu Verfügung stehenden Mitteln bekämpft und sabotiert haben.

Dieser Offene Brief ist ein unsanfter Weckruf an die politisch Verantwortlichen endlich zu handeln und kurzfristig eine Personalentscheidung im Sinne der SED- Opfer und nicht schon wieder aus parteitaktischem Kalkül zu treffen. Der letzte Arbeitstag von Roland Jahn ist in greifbarer Nähe! Es ist höchste Zeit zum Handeln !

Im Namen unzähliger Opfer der zweiten deutschen Diktatur bedanke ich mich für die Publikation dieses Schreibens.



Felix Heinz Holtschke

Düsseldorf, den 27.05.2021

VOS-Landesvorsitzender NRW